



**Astrid Vockert,
Vorsitzende des
Landesverbandes der Volkshochschulen
Niedersachsen e.V. –
Statement zum Deutschen Weiterbildungstag 2010**

„Lebenslanges Lernen – welchen zukünftigen Herausforderungen muss sich die Erwachsenenbildung stellen?“

Vor drei Jahren fand zum ersten Mal ein Deutscher Weiterbildungstag auf Anregung des Bundesverbandes Berufliche Bildung und des Deutschen Volkshochschulverbandes statt.

Aber ist nicht inzwischen die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen worden? Gab es nicht eine Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ von Bund und Ländern und zwei Bildungsgipfel?

Wurde nicht während der Finanz- und Wirtschaftskrise die Notwendigkeit lebensbegleitenden Lernens geradezu beschworen, damit wir besser aus der Krise herauskommen?

Gab es dafür nicht sogar Sonderprogramme für Unternehmen und ihre Beschäftigten?

Wurden nicht das Bildungssparen und die Bildungsprämie eingeführt?

Läuft seitdem nicht mit großem Erfolg das Forschungsprogramm des Bundes zur Alphabetisierung?

Hat der damalige Arbeitsminister nicht medienweit verkündet, jeder habe das Recht auf einen Hauptschulabschluss?

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Und vor diesem Hintergrund müsste die Weiterbildung doch eigentlich glänzend dastehen?

Aber leider müssen wir feststellen: dem ist nicht so!

Im dritten nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2010“ werden dem Kapitel „Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter“ gerade einmal 15 von über 350 Seiten gewidmet. Und das Urteil fällt nicht gut aus:

Ich zitiere:

„Die rhetorische Wertschätzung der Weiterbildung findet in der Realität wenig Niederschlag. Sowohl in der Weiterbildungsteilnahme wie in den Angeboten insbesondere der betrieblich-beruflichen Weiterbildung bleiben die selektiven Muster seit Jahrzehnten stabil: Die herausragende Bedeutung der Erwerbstätigkeit für Weiterbildungsteilnahme und –gelegenheiten bleibt bestehen. Sie hat zur Folge,

dass Personengruppen außerhalb aktiver Erwerbstätigkeit wie Arbeitslose, ältere Personen nach der Erwerbsphase und erwerbslose Frauen wie auch diejenigen, die nicht im strategischen Zentrum des Erwerbssystems stehen wie Geringqualifizierte, geringere Beteiligungswerte aufweisen.“ (S. 150)

Ein zweites Beispiel:

In dem ersten Entwurf des im europäischen Zusammenhang entwickelten Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) werden alle **formalen** Qualifikationen des Bildungssystems, der schulischen und der beruflichen Bildung sowie der Hochschulbildung einbezogen – die Weiterbildung ist kaum berücksichtigt.

Weshalb ist das so?

Nach unserer ordnungspolitischen und gesetzlichen Denkungsart gehören die Erwachsenen- und Weiterbildung – „vierte Säule“ hin, „vierte Säule“ her – eben immer noch nicht zum Kanon der Bildungsbereiche.

Sie werden per se dem Bereich des **informellen** Lernens zugeordnet, völlig unabhängig von ihren tatsächlichen Zielen und Leistungen (wenn ich an die durch formale Abschlüsse zertifizierten Kompetenzen denke, wie zum Beispiel Sprachenprüfungen, Xpert-Zertifikate, in Niedersachsen auch Abschlüsse aus vhs-Concept).

Das informelle Lernen soll nun noch eingefügt werden, der Zeitpunkt bleibt aber offen. Dass bei dieser Herangehensweise alle individuell erworbenen Fähigkeiten und Haltungen, Aspekte der Persönlichkeitsbildung, interkulturelle Kompetenz, gelebte Toleranz und demokratische Verhaltensweisen unter den Tisch fallen, ist dann nur folgerichtig.

„Damit widerspricht der Diskussionsentwurf des DQR ... dem wesentlich weiter gefassten Grundgedanken des EQR (Europäischer Qualifikationsrahmen), der dezidiert von einer ‚Brückenbildung zwischen formalem, nicht formalem und informellem Lernen‘ spricht und dies als eine Grundvoraussetzung zur Modernisierung der Bildungssysteme begreift.“ (Werner Sabisch in dis.kurs 2/2010)

Man kann es auch drastischer ausdrücken: die Verfasser des Diskussionsentwurfs haben sich der Philosophie des Europäischen Qualifikationsrahmens verweigert. Sie haben ihn verkürzt und in das bestehende deutsche Bildungssystem hineingezwängt, statt dieses tatsächlich einem europäischen Vergleich auszusetzen und gewissermaßen einmal quer zu lesen.

Das heißt: Nun muss nachgebessert werden. Eine Arbeitsgruppe der größten Erwachsenenbildungsträger, des Privatschulverbandes, des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung und des Bundesinstituts für Berufsbildung hat deshalb ein Positionspapier mit konkreten Vorschlägen zur Einarbeitung der fehlenden Schlüsselkompetenzen vorgelegt. Natürlich mischen wir, die Landesverbände und der Deutsche Volkshochschulverband auch mit, um den gewünschten Erfolg zu erzielen.

Festzuhalten bleibt:

Die Erwachsenen- und Weiterbildung muss aus ihrer Nebenrolle herausgeholt und zu einer tatsächlichen Schwerpunktaufgabe gemacht werden.

Ich will hier aber nicht nur „lamentieren“, sondern versuchen, einen Blick in die Zukunft darzustellen – und das am Beispiel der „Integration“, der „zweiten Chance“,

dem demografischen Wandel und den Schlüsselaufgaben und Strukturen der Erwachsenenbildung.

Zur Integration:

Wer am 10. September dieses Jahres die Hannoversche Allgemeine aufgeschlagen hat, konnte in einer einzigen Ausgabe beinahe alle Facetten der Integrationsdebatte nachlesen. Zwei Tage vorher hatte Minister de Maizière das bundesdeutsche Integrationsprogramm vorgestellt und zur Versachlichung der Diskussion aufgerufen. Er hatte „Bildung, Bildung, Bildung“ in den Mittelpunkt gerückt, aber auch davon gesprochen, dass 10 – 15 % der Migrantinnen und Migranten Integrationsverweigerer seien. Inzwischen hat er erläutert, er habe nur Muslime gemeint und gleichzeitig für mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund geworben. Die Bundeskanzlerin hatte die Integration gleichzeitig als „Riesenaufgabe“ bezeichnet.

Nach einer Studie haben Menschen mit einem ausländisch klingenden Name eine um 24 % geringere Chance, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Natürlich sind die Bildungsergebnisse derer mit Migrationshintergrund im Durchschnitt schlechter, ebenso wie die anderer „bildungsferner Schichten“ auch. Natürlich soll Sprachenlernen in Kindertageseinrichtungen beginnen, aber auch in allen anderen Altersgruppen als „nachholende Integration“ eine noch größere Rolle spielen.

Natürlich könnte die Erwachsenenbildung dort, wo dringender Bedarf besteht, noch sehr viel mehr Kurse anbieten:

Integrationskurse und politische Orientierungskurse, Kurse für Analphabeten, Jugendliche, Frauen und solche mit beruflicher Ausrichtung.

Alle Konzepte hierfür liegen auf dem Tisch. Aber hier stoßen wir auf die Mühen der praktischen Umsetzung.

In derselben HAZ-Ausgabe steht übrigens noch eine kleine Meldung:

„Integrationskurse überbucht“. Für bis zu 20.000 so genannte Alt-Zuwanderer stehen bis zum Jahresende keine Haushaltsmittel mehr zur Verfügung. Sie stehen auf Wartelisten und müssen sich noch drei Monate gedulden.

In einer Pressemeldung des DVV sagte dazu Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des DVV:

„Es wäre schlimm, wenn die Integrationsbereitschaft eines Großteils der Zuwanderer leiden und die Integration damit insgesamt Schaden nehmen würde“.

Mein Fazit:

Ja, das wird eine Herausforderung für die Erwachsenenbildung bleiben – mit Sicherheit – und das auch noch für die nächsten Jahre- wenn nicht Jahrzehnte. Dabei kann die Erwachsenenbildung nicht nur Deutschkurse anbieten, sondern ihre Kenntnis des Zweitsprachenlernens in Form von Fortbildungen auch an all diejenigen weitergeben, die in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Einrichtungen unterrichten. Sie kann flankierende Elternkurse zu Erziehungsfragen anbieten und noch vieles Andere mehr.

Dazu meinerseits noch folgende Anmerkungen:

Dass wir tunlichst nicht von **den** Migranten oder **den** Muslimen sprechen sollten, hat uns die aktuelle Debatte gerade gelehrt. Statt unentwegt von Integrations**problemen** zu sprechen, die man schön hin und herschieben kann, sollten wir von

Integrations**aufgaben** reden, die dann jeder an seiner Stelle auch verantwortungsvoll zu erfüllen hat.

Statt von „bildungsfernen Schichten“ zu sprechen, wie wir es uns erst in den letzten Jahren angewöhnt haben, sollten wir wieder den Begriff „**bildungsbenachteiligter Gruppen**“ verwenden, denn er hilft zu differenzieren und leitet dazu an, Benachteiligten zu identifizieren und abzubauen.

Wer sich im Übrigen zu diesen Fragen sach- und fachgerecht informieren möchte, sollte sich das soeben veröffentlichte erste Jahresgutachten des „Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ durchlesen.

Dem Rat gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an, darunter Prof. Dr. Klaus Bade aus Osnabrück als Vorsitzender. Die Arbeit wird getragen von acht Stiftungen, darunter der Volkswagenstiftung. Die Pressemitteilung dazu enthält einen nachdenkenswertem Satz: „Zuwanderer vertrauen den Deutschen zum Teil mehr als der eigenen Herkunftsgruppe und mitunter sogar mehr als die Deutschen sich selbst.“

Fundstelle: www.svr-migration.de

Zum Thema: „Zweite Chance“:

Bund und Länder hatten sich darauf verständigt, den Prozentsatz der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ohne Abschluss bis 2015 zu halbieren. Letzte Daten besagen, dass uns das voraussichtlich nicht gelingen wird. In einigen Bundesländern nehmen die Zahlen sogar wieder zu. Ob die vielfältigen, auch neuen, schulischen und nachschulischen Maßnahmen und Projekte des Bundes und der Länder wirklich zum Erfolg führen, ist nicht ausgemacht. Und auf die späteren Wirkungen der erst seit kurzem aufgelegten Programme frühkindlicher Bildung können wir nicht warten.

Gegenwärtig gibt es in Deutschland einen Bestand von weit über einer Million junger Menschen unter 35 Jahren ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung und ohne oder mit gefährdetem Arbeitsplatz. Darunter fallen auch Menschen, die wir als funktionale Analphabeten bezeichnen, also solche, deren Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten je nach Definition denen der zweiten bis vierten Klasse der Grundschule entsprechen. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen, haben wir bisher von vier Millionen Betroffener gesprochen.

Wenn im kommenden März die Forschungsergebnisse von Frau Prof. Grotlüschen von der Bundeswehrhochschule in Hamburg vorgelegt werden, könnte sich diese Zahl sogar auf neun Millionen erhöhen. Hoffentlich wird uns dann diese Zahl eine Art von „Pisa-Schock“ versetzen.

Die Bertelsmann-Stiftung hat errechnet, dass durch die unzureichende Bildung junger Menschen der Gesellschaft in den kommenden 20 Jahren ein Schaden von 69 Milliarden Euro entsteht. Das darf sich unser Land nicht weiter leisten. Möglichst vielen dieser Menschen eine zweite Chance zu geben, sei es durch die Verbesserung ihrer Grundbildung, sei es durch den Erwerb von Schulabschlüssen, sei es durch das Erlernen neuer berufsverwertbarer Teilkompetenzen, zum Beispiel aus dem EDV-Bereich, ist daher eine gemeinsame Verpflichtung – und damit auch eine große Aufgabe der Erwachsenenbildung. Der nachholenden Integration gesellt sich so die nachholende Bildung zu.

Dass jetzt das Recht auf einen Hauptschulabschluss durch den Bund in eine Ermessensaufgabe umgewandelt wird, ist dafür nicht hilfreich.
Dass unser Land die Sondermittel für Schulabschlüsse von zurzeit noch 800.000 Euro ab 2011 streichen will, ist mehr als ärgerlich. Wir arbeiten daran, dass es nicht dazu kommen wird.

Das eigentliche Ziel muss es aber sein, die immer länger gewordene Übergangsphase von der Schule in den Beruf nicht nur zu verkürzen, sondern am Ende gänzlich zu vermeiden.

Bis es soweit ist, kann das Angebot der Schulen in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen bereichert und verbessert werden. Die Schülerinnen und Schüler haben zum Beispiel die Sprachenangebote und die Xpert-Kurse der Volkshochschulen begierig aufgenommen. Die vor einem Jahr unterschriebene Rahmenvereinbarung unseres Verbandes mit dem Kultusministerium „vhs&Schule“ will das weiter befördern.

Für uns Volkshochschulen heißt das also:
Möglichst vielen betroffenen Menschen Bildungschancen zu geben und auch eine zweite Chance einzuräumen, ist eine Herausforderung für uns. Das verträgt keinen Aufschub.

Zum demografischen Wandel:

Häufig wird der demografische Wandel noch eher als Bedrohung und Gefahr verstanden für die Finanzierung der Sozialsysteme, für die Wirtschaft und für die Infrastruktur, Verwaltung, Dienstleistungen, Ver- und Entsorgung, Stadtplanung und Wohnverhältnisse, Mobilität und Verkehr.

Der Wandel hat mit der seit dreißig Jahren sinkenden Geburtenrate und der steigenden Lebenserwartung älterer Menschen längst begonnen.

Im selben Zeitraum verzeichnen wir aber auch eine zeitweise starke Zuwanderung. Die Herkunft der jüngeren Generation ist vielgestaltiger geworden.

Demografieforscher und Ökonomen gehen davon aus, dass Deutschland allein zur Deckung des Fachkräftebedarfs eine Zuwanderung von bis zu 500.000 Menschen jährlich benötigen wird.

Ob wir darauf vorbereitet sind, ist angesichts der aktuellen Integrationsdebatte mehr als fraglich. Gegenwärtig ist der Zuwanderungssaldo negativ.

Ich plädiere dafür, dass wir zunächst alle Begabungsreserven in unserem Land durch verstärkte Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen ausschöpfen. Dazu gehört auch, dass wir ausländische Abschlüsse von ungefähr 500.000 Menschen, die längst hier leben, darunter vielen Frauen, endlich anerkennen.

Die Menschen werden künftig wahrscheinlich nicht nur länger arbeiten müssen, sondern es zunehmend auch wollen. Die Entwicklung wird in den Regionen des Landes sehr unterschiedlich verlaufen. Es wird weiter wachsende Ballungkerne geben, denen Landschaften mit geringerer Bevölkerung gegenüberstehen. Es wird wesentlich darauf ankommen, wie wir die genannte Zuwanderung steuern und gestalten.

Eine neue Art von „Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern“, sozusagen „befristete Leihingenieure“, wie sie einigen schon wieder vorzuschweben scheint, werden wir uns nicht noch einmal leisten können.

Ich persönlich habe den Eindruck, dass manche selbstgewisse Prognose über unser Land in dreißig, vierzig oder fünfzig Jahren zumindest zwei Dinge außer Acht lässt: Erstens: Über die längerfristigen Auswirkungen der im nächsten Jahr erweiterten Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt im europäischen Wirtschaftsraum wissen wir viel zu wenig.

Und Zweitens: Über die Beschaffenheit unserer Wirtschaft in fünfzig Jahren, das Kommen neuer Produkte und Leistungen und das Verschwinden ganzer Branchen haben wir nur eine ungefähre Vorstellung. Es scheint lediglich festzustehen, dass der Gesundheits- und Pflegebereich wachsen wird.

Aber eines ist sicher: **Die Veränderungen werden sich beschleunigen.**

Der technologische Wandel wird noch weiter zunehmen und damit geht auch ein ständiger gesellschaftlicher Wandel einher.

Menschen werden sich häufiger in ihrem Leben umstellen und anpassen müssen. Sie werden häufiger als heute individuelle Bildungsbedürfnisse äußern, Unterstützung und Beratung suchen.

Die Generation 50+ wird, um ein längeres Arbeitsleben zu bestehen, Weiterbildung verstärkt nachfragen. Heute ist sie noch unterrepräsentiert.

Die immer gesünder, immer länger lebenden Älteren werden nach neuen Lebensperspektiven suchen, sich neue Kompetenzen aneignen, sich politisch und sozial engagieren wollen.

Vergessen wir aber nicht, dass unter ihnen auch vom Leben ermüdete, vielleicht Einsame und solche mit geringerem Einkommen sein werden.

Die Wissenschaft sagt, das Weiterbildungsverhalten der Älteren sei noch nicht genügend erforscht. Prof. Erhard Schlutz fasst es so zusammen:

„Aber die Älteren sind keine homogene Gruppe und werden es in Zukunft noch weniger sein. Alters- und Bedarfsunterschiede in der nun umfangreicheren Lebensphase jenseits des Erwerbslebens müssen stärker berücksichtigt werden. Eine spannende Aufgabe für eine altersoffene Erwachsenenbildung!“

Das heißt für uns:

Die Erwachsenenbildung wird sich in einer wandelnden Gesellschaft selbst beständig wandeln, sensibel sein, flexibel und schnell reagieren müssen, um die Menschen zu begleiten.

Zu den Schlüsselaufgaben und Strukturen der Erwachsenenbildung:

Den Charakter künftiger Erwachsenenbildung möchte ich beispielhaft an zwei laufenden Projekten beschreiben. Das eine ist das mit europäischen Mitteln geförderte Projekt „Lernen vor Ort“.

Aus der Erkenntnis, dass sich das wirkliche Leben in den Gemeinden, Städten und Landkreisen abspielt, wurden in 40 Kommunen Bildungsbüros etabliert, davon 4 in Niedersachsen, unterstützt durch über 100 Stiftungen.

Deren Aufgabe ist es, die im Bildungs-, Weiterbildungs-, Sozial- und Kulturbereich tätigen Akteure zu Partnern zu machen, lokale Bildungsnetzwerke aufzubauen, Bedarfe zu ermitteln und Angebote zusammenzuführen.

Dazu müssen sich alle Stellen und Einrichtungen öffnen, sozusagen „entfesseln“, die kooperieren wollen und sich koordinieren lassen. Das soll zu höherer Effizienz und

zu neuen Programmen führen und vor Ort bisher verborgene Kräfte und kreative Ideen wecken.

Nach einem vergleichbaren Grundsatz funktioniert auf anderer Ebene die gegenseitige Öffnung von Erwachsenenbildung und Hochschulen. Daran arbeiten in Niedersachsen unser Ministerium, die Agentur für Erwachsenenbildung, aber auch sehr umsetzungsstark unser Landesverband.

Wir haben es bereits geschafft, erste VHS-Lernmodule für ein Studium anerkennen zu lassen. Auf diesem Weg machen wir weiter!

Das andere ist das gut dazu passende, vom Land initiierte und von der Agentur für Erwachsenenbildung koordinierte Projekt zur Bildungsberatung. Es wird an acht Standorten erprobt und soll zu einer verlässlichen, trägerübergreifenden, an Qualitätsmaßstäben orientierten Bildungs- und Weiterbildungsberatung führen. Eine gute Ergänzung hierzu ist das „Bundesbildungsprämiensystem“ Dabei sind die Volkshochschulen die am stärksten nachgefragten Bildungsberater in Niedersachsen.

Vernetzung wird in der Erwachsenenbildung im Verbund mit den anderen Bildungsbereichen künftig noch ausgeprägter sein.

Ich wünsche mir nur, dass es nicht bei den Projekten an vergleichsweise wenigen Orten bleiben wird, sondern daraus eines Tages eine flächendeckende und nachhaltig wirksame, selbstverständlich mit den nötigen Ressourcen ausgestattete Struktur entsteht.

An dieser Stelle und zum Schluss kann ich mir den Gedanken nicht versagen, dass die Kommunen zur Erfüllung der skizzierten Aufgaben eigentlich längst ein eigenes Steuerungs- und Gestaltungsinstrument besitzen, nämlich ihre Volkshochschule. Und ich verrate Ihnen ein kleines Geheimnis: Unter dem vorläufigen Titel „Leistungsfähige Volkshochschulen – attraktive Städte, Kreise und Gemeinden“ wollen die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und der Deutsche Volkshochschul-Verband dies in einer gemeinsamen Vereinbarung dokumentieren und sich so für die Zukunft rüsten.

24.09.2010 -